

Stiftung LebensBlicke fordert zügige Umsetzung einer Gesetzesinitiative



Der Nationale Krebsplan hat unter Mitwirkung auch der Stiftung LebensBlicke, Früherkennung Darmkrebs (Ludwigshafen), wichtige Umsetzungsempfehlungen zur Krebsfrüherkennung erarbeitet. Diese haben jetzt Eingang in eine Gesetzesvorlage der Bundesregierung für den Deutschen Bundestag gefunden. Das bisher opportunistische

Darmkrebs-Screening, das nur eine mäßige Akzeptanz in der Bevölkerung hat, soll durch ein organisiertes Einladungsverfahren ersetzt und damit die Teilnahmerate der Bevölkerung deutlich erhöht werden.

Diese im Sinne der betroffenen Menschen richtungsweisende Entscheidung darf aber nicht an einem langen Weg durch viele Instanzen und damit zu einer wesentlichen zeitlichen Verzögerung führen. Die Stiftung fordert daher alle Akteure, insbesondere auch die politische Führung dazu auf, diesen Beschluss zügig in die Tat umzusetzen. "Die noch immer viel zu hohe Darmkrebstodesrate fordert eine entschlossene und rasche Weichenstellung; das ist nicht nur eine gesundheits-, sondern auch eine gesellschaftspolitische Herausforderung", so der Vorsitzende der Stiftung LebensBlicke, Professor Dr. Jürgen F. Riemann.

Die Stiftung LebensBlicke ist gemeinnützig. Sie arbeitet bundesweit und finanziert sich ausschließlich über Spenden und Zustiftungen. Neben der Öffentlichkeitsarbeit für die

Bevölkerung in Form von Broschüren, Publikationen und bundesweiten Aktionen initiiert die Stiftung wissenschaftliche Studien, übernimmt Schirmherrschaften, führt Seminare und Symposien durch und motiviert Ärzte zur Fortbildung. Ein weiteres Ziel der Stiftung ist die Förderung der betrieblichen Gesundheitsvorsorge.

Spendenkonto: BW Bank Mannheim, BLZ 600 501 01, Kto.-Nr. 496 1530.
